



Rainer Arnold

Mitglied des Deutschen Bundestages

Verteidigungspolitischer Sprecher
der SPD-Bundestagsfraktion

Rainer Arnold, MdB · Platz der Republik · 11011 Berlin

Ärzeschaft Nürtingen
Vorsitzender
Dr. Hanns-Joachim Schmidt
Obere Grabenstraße 5

73235 Weilheim

Deutscher Bundestag

Rainer Arnold
Platz der Republik
11011 Berlin
Tel: (030) 227 – 74 705
Fax: (030) 227 – 56 581
Email:
rainer.arnold@bundestag.de

Wahlkreis

Rainer Arnold
Gerberstr. 4
72622 Nürtingen
Tel: (07022) 21 19 20
Fax: (07022) 21 10 83
Email:
rainer.arnold@wk.bundestag.de

Berlin, den 25.01.2007

Offener Brief an den Vorsitzenden der Ärzteschaft Nürtingen

Sehr geehrter Herr Dr. Schmidt,

hinsichtlich Ihres offenen Briefes vom 21.1.2007 bedürfen einige Dinge
dringend der Klarstellung.

In meinem Jahresrückblick habe ich die Nürtinger Ärzteschaft erwähnt, da mir
deren gegen die Gesundheitskarte gerichtete Kampagne als eindringlichstes
Beispiel für eine rückwärtsgewandte und, mit Verlaub, stilllose Maßnahme in
Erinnerung war, die zudem eindeutig falsche Informationen enthielt. Geradezu
erschütternd empfand ich damals den Hinweis, demnächst müssten Frauen,
die einen Schwangerschaftsabbruch unternommen hatten, die
Veröffentlichung dieses Eingriffs im Internet befürchten.

Diese Entgleisungen wogen umso schwerer, als eben die Initiatoren der
Kampagne kurze Zeit später eindeutig parteipolitisch eingefärbte
Wahlempfehlungen abgaben. Zudem sind mitnichten alle Vertreter der Ärzte
gegen die Einführung einer Gesundheitskarte. Richtig ist vielmehr dass u.a.
die Bundesärztekammer/Arbeitsgemeinschaft der deutschen Ärztekammer
sowie die Kassenärztliche Bundesvereinigung intensiv in die Verhandlungen
um die Gesundheitskarte involviert sind.



Rainer Arnold

Mitglied des Deutschen Bundestages

Verteidigungspolitischer Sprecher
der SPD-Bundestagsfraktion

Ferner kritisieren Sie die fehlende Möglichkeit, in diesen Fragen das letzte Wort zu bekommen. Jedoch ist allseits bekannt, dass in einer Praxis eben der Arzt das letzte Wort hat. Gegen Pamphlete, die in verschiedenen Praxen gegen die jeweilige Gesundheitspolitik verbreitet werden, gibt es für einen Politiker schlichtweg keine Chance, seinen Argumenten Gehör zu verschaffen.

Ferner kritisieren Sie die Praxisgebühr mit dem Hinweis eines erhöhten Verwaltungsaufwandes für die einzelne Praxis. Diese Argumentation erscheint allerdings fragwürdig angesichts der Tatsache, dass Ärzte durchaus bereit scheinen, ihr komplettes Honorar mit den Versicherten direkt abzurechnen. In diesem Fall würden wirtschaftlichen Interessen des einzelnen Arztes berücksichtigt, allein, das Argument des erhöhten Verwaltungsaufwandes scheint hier keines mehr zu sein. Es liegt also nahe, dass Ärzte hier eigene wirtschaftliche Interessen verfolgen. Dies ist legitim. Nicht legitim hingegen ist es, wirtschaftliche Interessen mit der Sorge um das Patientenwohl zu ummanteln und Ängste der Patientinnen und Patienten zu schüren.

Ihr aktuelles Schreiben bewegt sich bedauerlicherweise auf einem der ähnlichen Niveau, wie das, welches in der Kampagne 2006 zu besichtigen war und einem so wichtigen Thema wie der Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger nicht angemessen ist. Auch enthält es Aussagen, die schlichtweg falsch sind, wie diejenige, ich würde das Gespräch ausschließlich mit Ärzten suchen, die nicht in der Ärzteschaft Nürtingen organisiert sind.

Zwar finde ich es erfreulich, dass Sie zur Kenntnis genommen haben, dass es auch Ärzte außerhalb bestimmter Interessenverbände gibt, die am konstruktiven Dialog mit der Politik interessiert sind. Erwähnt werden sollte jedoch die Gesprächsrunde, zu der der Präsident der Bezirksärztekammer Nordwürttemberg im Juli letzten Jahres eingeladen hatte. Wer hieran nicht teilnahm, war die Ärzteschaft Nürtingen. Ebenso möchte ich auf das Gespräch hinweisen, welches ich ebenfalls im Juli 2006 mit der Ärzteschaft Esslingen führen konnte. Hier zeigte sich, dass kritische Anmerkungen durchaus in konstruktiver Atmosphäre ausgetauscht werden können. Für eine größere Abendveranstaltung zum Thema Gesundheitsreform im Dezember 2006 konnte ich einen Kollegen und Mitglied des Gesundheitsausschusses gewinnen, Anfang Februar wird es eine Diskussionsrunde zu diesem Thema mit Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt und Walter Riester in



Rainer Arnold

Mitglied des Deutschen Bundestages

Verteidigungspolitischer Sprecher
der SPD-Bundestagsfraktion

Göppingen geben, an der auch ich beteiligt bin. Mir mangelnde Gesprächsbereitschaft vorzuwerfen ist daher falsch und unlauter.

Weiter unterstellen Sie, ich als Verteidigungspolitiker habe keinerlei Kenntnisse im Bereich der Gesundheitspolitik. Dazu möchte ich festhalten, dass Themen von solch hoher Bedeutung, wie es die Gesundheitspolitik ist, kontinuierlich Gegenstand meiner politischen Arbeit – besonders in meinem Wahlkreis Nürtingen – sind. Vor diesem Hintergrund stehe ich Ihnen ausdrücklich für ein persönliches, öffentliches Gespräch zur Verfügung, innerhalb dessen Argumente ausgetauscht werden und Bürger und Medien sich ein eigenes Bild machen können. Ich bin gespannt auf Ihre Reaktion auf dieses Angebot und verbleibe

mit freundlichen Grüßen

Rainer Arnold, MdB